

Stellungnahmen der Vernehmlassungsadressaten
Prises de position des destinataires consultés
Dichiarazioni dei destinatari della consultazione

1. Kantone / Cantons / Cantoni
2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien /
partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale /
partiti rappresentati nell'Assemblea federale
3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft /
associations faîtières de l'économie qui oeuvrent au
niveau national / associazioni mantello nazionali
dell'economia
4. Interessierte Kreise / Milieux intéressés / Ambienti
interessati

**DEPARTEMENT
FINANZEN UND RESSOURCEN**

Kantonales Steueramt

Tellstrasse 67, 5001 Aarau
Telefon zentral 062 835 25 30
www.ag.ch/steuern

Per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement

vernehmlassungen@sif.admin.ch

25. August 2025

Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. August 2025 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Vernehmlassung "Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027" Stellung zu nehmen, wofür wir uns bedanken. Der Regierungsrat des Kantons Aargau hat das Kantonale Steueramt ermächtigt, direkt eine Vernehmlassung einzureichen.

Das Kantonale Steueramt stimmt der geplanten Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit den weiteren Partnerstaaten Armenien, Kamerun, der Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien ab 2027 zu.

Freundliche Grüsse



Daniel Schudel
Vorsteher Kantonales Steueramt



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 6. November 2025

Eidg. Vernehmlassung; Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. August 2025 werden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Finanzdepartement eingeladen, sich zur eingangs erwähnten Vorlage bis zum 14. November 2025 vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die vorgeschlagenen Staaten, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. So ist mit Ausnahme von Armenien die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft (Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunesien). Die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit hat das Global Forum lediglich bei Armenien und Tunesien als zufriedenstellend beurteilt. Da beide Staaten nicht auf der Liste des Bundesrates von Staaten mit angemessenem Datenschutz aufgeführt werden, sind zusätzliche Massnahmen erforderlich. In den anderen Staaten konnte das Global Forum die Einhaltung der Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit noch nicht hinreichend prüfen (Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal). Zudem bietet lediglich Kamerun seinen steuerpflichtigen Personen hinlängliche Regularisierungsmöglichkeiten, während die anderen Staaten keine solche Möglichkeiten zur Verfügung stellen.

Vor dem ersten Datenaustausch ist angesichts der aufgezeigten Problematik nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt tatsächlich einhalten. Besonders zu beachten sind dabei die Vorgaben zur Sicherheit und zur Vertraulichkeit der Daten. Mit diesem Vorbehalt stimmt der Regierungsrat der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten ab 2027 zu.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Appenzell, 6. November 2025

Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027 Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. August 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027 zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie anerkennt die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kommt zudem ihren Verpflichtungen aus der «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» der UNO mit den 17 Sustainable Development Goals (SDG) nach (insbesondere Goal 10).

Der Bundesrat ist aber aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Besonders zu beachten sind dabei die Vorgaben zur Sicherheit und zur Vertraulichkeit der Daten. Unter diesem Vorbehalt stimmt die Standeskommission dem Entwurf des Bundesbeschlusses über die Einführung des AIA mit Armenien, Kamerun, der Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien zu.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Roman Dobler

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Karin Keller-Sutter
Vorsteherin EFD
Bernerhof
3003 Bern
Per Mail an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Liestal, 9. September 2025

Genehmigung der Einführung des internationalen automatischen Informationsaustauschs (AIA) über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Wir beziehen uns auf Ihre Einladung vom 13. August 2025, worin Sie uns zu einer Stellungnahme betreffend die Genehmigung der Einführung des internationalen automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027 einladen. Es sind dies Armenien, Kamerun, die Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien. Gerne bedanken wir uns bereits an dieser Stelle für diese Gelegenheit und unterbreiten Ihnen hiermit wunschgemäss unsere Stellungnahme.

Bekanntlich setzt die Schweiz seit dem 1. Januar 2017 den Standard für den internationalen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA über Finanzkonten) um. Bisher beteiligen sich 113 Staaten an diesem Regelwerk. Bei diesem Regelwerk handelt es sich um global verbindliche Standards, die gemäss den Vorgaben der OECD von allen Staaten umzusetzen sind (*Global Level Playing Field*).

Mit Einbezug der oben erwähnten acht neuen Staaten baut die Schweiz ihr AIA-Netzwerk entsprechend aus, auch wenn es sich bei diesen Staaten nicht um bekannte Finanzplätze handelt.

Der Regierungsrat stimmt deshalb dem entsprechenden Bundesbeschluss vorbehaltlos zu. Die Aktivierung des jeweiligen AIA wird aber nur vorgenommen, wenn der betreffende Staat als neuer Partner die Anforderungen des globalen Standards vollumfänglich erfüllt, ansonsten werden keine Daten an diesen Staat übermittelt.

Hochachtungsvoll



Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Staatssekretariat für internationale Finanz-
fragen

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Basel, 4. November 2025

Regierungsratsbeschluss vom 4. November 2025

Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. August 2025 hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements, Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter, den Kantonsregierungen mit Frist bis 14. November 2025 Gelegenheit gegeben, sich zur Genehmigung der Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustausches mit weiteren Partnerstaaten vernehmen zu lassen.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass der Regierungsrat Basel-Stadt den vorgeschlagenen Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2027 zustimmt. Die Einführung des AIA-Standards mit diesen Ländern ist die konsequente Folge der Teilnahme der Schweiz am Amtshilfeübereinkommen der OECD und des Europarats und am Multilateral Competent Authority Agreement (MCAA).

Die meisten der vorgeschlagenen Staaten und Territorien, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. Der Bundesrat ist damit aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten (Armenien, Kamerun, der Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien) zu.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne Herr Marc Enz, Tel. 061 267 96 33, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin

Vernehmlassung: Genehmigung der Einführung des AIA über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027

Stellungnahme Kanton Bern

Sehr geehrter Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat in seiner Stellungnahme vom 18. März 2015 zum Ausdruck gebracht, dass er die Bestrebungen für einen steuerlich konformen Finanzplatz und die weltweite Bekämpfung der Steuerhinterziehung unterstützt. Er hat deshalb der Ratifizierung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (multilaterale Vereinbarung) und dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über den internationalen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) zugestimmt ([RRB 316/2015](#)).

Damit der AIA mit einem bestimmten Partnerstaat eingeführt werden kann, muss er jeweils bilateral vereinbart werden, was vorliegend mit weiteren Partnerstaaten angedacht ist. Bei dieser Umsetzung besteht kein massgeblicher politischer Handlungsspielraum mehr. Der Kanton Bern verzichtet auf eine formelle Stellungnahme und dankt Ihnen für Ihre Kenntnisnahme. Vor diesem Hintergrund begrüssen wir auch die angestrebte Verschiebung der Zuständigkeit zur Bestimmung der Partnerstaaten zum Bundesrat.

Freundliche Grüsse

Astrid Bärtschi, Finanzdirektorin
[+41 31 633 43 04](tel:+41316334304) (direkt), astrid.baertschi@be.ch

Finanzdirektion des Kantons Bern
Münsterplatz 12, 3011 Bern
[+41 31 633 44 66](tel:+41316334466), www.be.ch/fin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral des finances DFF
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Bernerhof
3003 Berne

Courriel : vernehmlassungen@sif.admin.ch

Fribourg, le 28 octobre 2025

2025-1068

Approbation de l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec d'autres États partenaires à partir de 2027 : procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation mentionnée sous rubrique et avons l'avantage de vous communiquer notre prise de position.

Par la présente, nous vous informons que nous approuvons le projet mis en consultation.

En effet l'extension des Etats partenaires aux fins de l'échange international automatique de renseignements (EAR) doit permettre de renforcer la crédibilité et l'intégrité de la place financière suisse sur le plan international et aussi faciliter l'accès à certains marchés importants pour les prestataires de services financiers suisses qui exercent des activités transfrontalières. En mettant en place un réseau adéquat d'Etats partenaires, la Suisse remplit ainsi ses engagements internationaux en matière de transparence fiscale.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position au sujet de l'objet susmentionné et vous prions de croire Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Copie

—

à la Direction des finances, pour elle et le Service cantonal des contributions ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 5 novembre 2025

Le Conseil d'Etat

4458-2025

Département fédéral des finances
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : approbation de l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec d'autres États partenaires à partir de 2027 – procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à votre courrier du 13 août 2025 par lequel vous nous avez soumis pour prise de position le projet d'arrêté du Conseil fédéral relatif à l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres États partenaires à partir de 2027. Nous vous remercions de l'occasion de prendre position et nous nous exprimons comme suit :

A ce jour, la Suisse dispose d'un réseau actif d'échange d'informations sur les comptes financiers de 113 États partenaires. Compte tenu des développements internationaux actuels en matière de transparence fiscale, le présent projet vise à élargir le réseau suisse EAR de huit États partenaires supplémentaires.

Nous reconnaissons la nécessité pour la Suisse d'étendre son réseau EAR. Elle met ainsi en œuvre ses engagements politiques internationaux et respecte ses obligations.

A l'instar de l'EAR avec des États partenaires approuvé par le passé, l'activation effective de l'échange d'information devra être subordonnée à la réalisation par l'État partenaire de conditions relatives à la mise en place des bases juridiques ad hoc ainsi qu'un cadre assurant la confidentialité et la sécurité des données échangées.

Nous comprenons que les États proposés visant à introduire l'EAR ne remplissent pas encore entièrement les conditions fixées par le Conseil fédéral dans les mandats de négociation adoptés le 8 octobre 2014 en vue de l'introduction de l'EAR. Le Conseil fédéral est donc invité à vérifier, avant le premier échange de données, si les États partenaires respectent les prescriptions de la norme à ce moment-là.

Par conséquent, nous approuvons le projet d'arrêté fédéral concernant l'introduction de l'EAR avec l'Arménie, le Cameroun, la Mongolie, la Papouasie-Nouvelle-Guinée, le Paraguay, le Rwanda, le Sénégal et la Tunisie.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

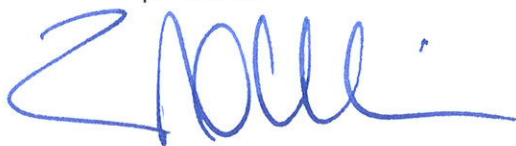
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti-El Zayadi

Le président :



Thierry Apothéloz

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

Glarus, 2. September 2025
Unsere Ref: 2025-1325 / SKGeko.4999

Vernehmlassung i. S. Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027

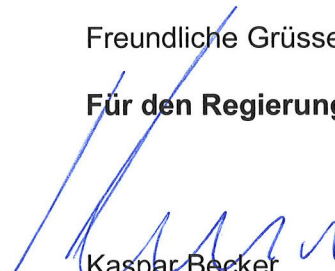
Hochgeachtete Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren


Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir mit dem Bundesbeschluss über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027 einverstanden sind

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Kaspar Becker
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): vernehmlassungen@sif.admin.ch



Sitzung vom

4. November 2025

Mitgeteilt den

4. November 2025

Protokoll Nr.

777/2025

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word) an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Genehmigung des Bundesbeschlusses über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Keller-Sutter,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. August 2025 haben Sie uns eingeladen, zum Entwurf des Bundesbeschlusses über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2027 Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Gelegenheit und nehmen gerne wie folgt Stellung:

Die Bundesversammlung hat die Einführung des AIA mit 120 Partnerstaaten genehmigt (Stand 1. Januar 2025). Die Schweiz verfügt derzeit über ein aktiviertes AIA-Netzwerk von 113 Partnerstaaten, mit denen sie Informationen über Finanzkonten austauscht. Mit sechs Partnerstaaten wurde der AIA noch nicht aktiviert, weil sie entweder die Vorgaben zur Sicherstellung der standardkonformen Umsetzung des AIA nicht erfüllen (Jordanien, Montenegro, Marokko, Uganda, Trinidad und Tobago) oder kein Interesse am AIA mit der Schweiz bekundet haben (Niue). Mit dem Partnerstaat Russland wurde der AIA ausgesetzt.

Von den gegenwärtig 128 Staaten und Territorien, die sich im Rahmen des *Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes* zum AIA-Standard bekannt und einen bestimmten Zeitpunkt für dessen Umsetzung bekanntgegeben haben, fehlen dem Schweizer AIA-Netzwerk noch deren acht. Es handelt sich dabei um Armenien, Kamerun, die Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien. Aufgrund der aktuellen internationalen Entwicklungen im Bereich der Steuertransparenz soll das Schweizer AIA-Netzwerk mit dem vorliegenden Entwurf um die fehlenden acht Partnerstaaten ausgeweitet werden.

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst die Erweiterung des Schweizer AIA-Netzwerks um die fehlenden acht Partnerstaaten. Damit zeigt die Schweiz, dass sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen umsetzt, was sich generell positiv auf den hiesigen Finanzplatz und das Ansehen der Schweiz auswirken dürfte.

Der Bundesrat ist jedoch gehalten, vor dem ersten Datenaustausch zu prüfen, ob die betreffenden Partnerstaaten die Vorgaben zur Sicherstellung der standardkonformen Umsetzung des AIA zum dannzumaligen Zeitpunkt einhalten. Besonders zu beachten sind dabei die Vorgaben zur Sicherheit und zur Vertraulichkeit der Daten. Unter diesem Vorbehalt stimmt die Regierung des Kantons Graubünden der Einführung des AIA mit Armenien, Kamerun, der Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien zu.

Abschliessend bedanken wir uns nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courriel en version PDF et Word

Département fédéral des finances
Madame la Conseillère fédérale
Karine Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Delémont, le 21 octobre 2025

Approbation de l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec d'autres États partenaires à partir de 2027 ; ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement jurassien a été invité par votre Département à se prononcer au sujet de l'arrêté du Conseil fédéral relatif à l'objet cité en marge et il vous en remercie.

Il reconnaît la nécessité pour la Suisse d'étendre son réseau EAR. La Suisse met ainsi en œuvre ses engagements politiques internationaux. L'exécutif cantonal souligne toutefois que les 8 nouveaux États proposés visant à introduire l'EAR ne remplissent pas encore entièrement les conditions (législation d'application, possibilités adéquates de régularisation, confidentialité et sécurité des données fiscales) fixées par le Conseil fédéral dans les mandats de négociation adoptés le 8 octobre 2014 en vue de l'introduction de l'EAR.

Pour ces raisons, le Gouvernement jurassien estime important d'exiger que le Conseil fédéral vérifie une nouvelle fois, avant le premier échange de données, si les États partenaires respectent les prescriptions de la norme à ce moment-là. Il convient notamment de prêter une attention particulière aux prescriptions relatives à la sécurité et à la confidentialité des données

Moyennant ce qui précède, il approuve le projet d'arrêté fédéral concernant l'introduction de l'EAR avec l'Arménie, le Cameroun, la Mongolie, la Papouasie-Nouvelle-Guinée, le Paraguay, le Rwanda, le Sénégal et la Tunisie.

Le Gouvernement vous remercie de lui avoir donné la possibilité de prendre position à ce sujet et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Martial Courtet
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement
per E-Mail (Word- und PDF-Datei):
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Luzern, 4. November 2025

Protokoll-Nr.: 1206

**Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über
Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. August 2025 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähn-
ter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern der
Vorlage zustimmt.

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse


Reto Wyss
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courrier électronique

Département fédéral des finances
Palais fédéral
3003 Berne

Consultation concernant l'approbation de l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec d'autres États partenaires à partir de 2027

Madame la conseillère fédérale,

Votre correspondance du 13 août 2025, relative à l'objet susmentionné, nous est bien parvenue et a retenu toute notre attention. Nous vous faisons part ci-après de notre position :

À ce jour, le Parlement fédéral a approuvé l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec 120 États partenaires (état au 1^{er} janvier 2025). La Suisse dispose actuellement d'un réseau EAR activé de 113 États partenaires, avec lesquels elle échange effectivement des informations. L'EAR n'a pas encore été activé avec 6 États partenaires, soit parce qu'ils ne remplissent pas les conditions requises (Jordanie, Monténégro, Maroc, Ouganda, Trinité-et-Tobago), soit parce qu'ils n'ont pas exprimé d'intérêt pour un échange avec la Suisse (Nioué). Par ailleurs, l'EAR a été suspendu avec un État partenaire (Russie). Dans ce contexte, et compte tenu des développements internationaux actuels en matière de transparence fiscale, le projet mis en consultation vise à étendre le réseau suisse de l'EAR à 8 nouveaux États partenaires.

Parmi les 128 États et territoires engagés à mettre en œuvre l'EAR, 8 ne figurent pas encore dans le réseau suisse. En procédant à cette extension, la Suisse confirme son engagement à respecter ses obligations internationales, ce qui devrait contribuer positivement à la réputation de sa place financière.

Bien que les États proposés pour une mise en œuvre de l'EAR ne remplissent pas encore entièrement les conditions (législation d'application, possibilités adéquates de régularisation, confidentialité et sécurité des données fiscales) fixées par le Conseil fédéral dans les mandats de négociation adoptés le 8 octobre 2014, il est à souligner que l'Arménie a déjà adopté la législation d'application requise. Dans les 7 autres États (Cameroun, Mongolie, Papouasie-Nouvelle-Guinée, Paraguay, Rwanda, Sénégal, Tunisie), cette législation n'est pas encore en vigueur.

Ensuite, les exigences internationales en matière de confidentialité et de sécurité des données n'ont été jugées satisfaisantes par le Forum mondial qu'en ce qui concerne l'Arménie et la

NE

Tunisie. Comme ces 2 États ne figurent pas sur la liste du Conseil fédéral des États disposant d'une protection adéquate des données, des mesures supplémentaires sont nécessaires (art. 16, al. 2 LPD). Pour les autres pays, le Forum mondial n'a pas encore été en mesure de vérifier de manière satisfaisante le respect des exigences en matière de confidentialité et de sécurité des données (Cameroun, Mongolie, Papouasie-Nouvelle-Guinée, Paraguay, Rwanda, Sénégal). En outre, seul le Cameroun offre à ses contribuables des possibilités de régularisation suffisantes, alors que les autres États ne mettent pas de telles possibilités à disposition (Arménie – amnistie fiscale limitée –, Mongolie, Papouasie-Nouvelle-Guinée, Paraguay, Rwanda, Sénégal, Tunisie).

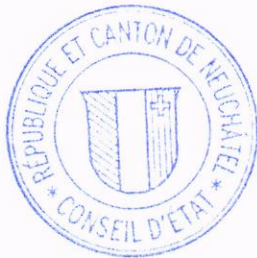
Enfin, le Conseil d'État reconnaît la nécessité pour la Suisse d'étendre son réseau EAR, afin de mettre en œuvre ses engagements politiques internationaux et de respecter ses obligations de l'« Agenda 2030 pour le développement durable » de l'ONU avec les 17 objectifs de développement durable (notamment l'objectif 10).

Cependant, le Conseil fédéral est invité à procéder à une vérification actualisée du respect des critères requis, avant le premier échange de données. Il convient notamment de prêter une attention particulière aux prescriptions relatives à la sécurité et à la confidentialité des données.

En conclusion et sous cette dernière réserve, le gouvernement neuchâtelois approuve l'introduction de l'EAR avec les 8 États partenaires suivants : l'Arménie, le Cameroun, la Mongolie, la Papouasie-Nouvelle-Guinée, le Paraguay, le Rwanda, le Sénégal et la Tunisie.

En vous remerciant de l'attention portée au présent courrier, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 3 novembre 2025



Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
C. GRAF

La chancelière,
S. DESPLAND



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 28. Oktober 2025

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2027. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 13. August 2025 an die Kantonsregierungen, worin Sie die Kantone um eine Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit acht weiteren Partnerstaaten ab 2027 ersuchen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit dazu und lassen uns wie folgt vernehmen.

Der Kanton Nidwalden hat bereits mit Schreiben vom 31. März 2015 zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung vom 29. Oktober 2014 über den automatischen Informationsaustausch von Finanzkonten (AIA-Vereinbarung), welche die internationale Rechtsgrundlage für den Informationsaustausch bildet, in zustimmendem Sinne Stellung genommen und insbesondere auch mit Schreiben vom 25. Februar 2016, 14. März 2017, 11. April 2017 und 19. Januar 2018 der Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit zahlreichen Staaten zugestimmt.

Das Eidgenössische Parlament hat die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten bislang mit 120 Partnerstaaten genehmigt (Stand: 1. Januar 2025). Die Schweiz verfügt derzeit über ein aktiviertes AIA-Netzwerk von 113 Partnerstaaten, mit denen sie effektiv Informationen über Finanzkonten austauscht. Mit sechs Partnerstaaten wurde der Informationsaustausch noch nicht aktiviert, weil diese entweder die Voraussetzungen dafür nicht erfüllen (so Jordanien, Montenegro, Marokko, Uganda, Trinidad und Tobago) oder kein Interesse an einem Informationsaustausch mit der Schweiz bekundet haben (so Niue). Mit einem Partnerstaat wurde der Informationsaustausch ausgesetzt (Russland). Das Schweizer AIA-Netzwerk soll vorliegend um acht Partnerstaaten erweitert werden.

Von den gegenwärtig 128 Staaten, die sich verbindlich zur Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs auf einen bestimmten Zeitpunkt hin bekannt haben, fehlen dem Schweizer AIA-Netzwerk noch deren acht. Mit einer Erweiterung des Netzwerkes zeigt die Schweiz, dass sie ihre internationalen Verpflichtungen umsetzt, was sich positiv auf den Schweizer Finanzplatz und auch auf das Ansehen der Schweiz auswirkt.

Die Staaten, mit denen der automatische Informationsaustausch neu eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen, die in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs festgelegt wurden

(Umsetzungsgesetzgebung, Regulatorien, Vertraulichkeit und Datensicherheit), allerdings noch nicht vollständig. So ist mit Ausnahme von Armenien insbesondere die Umsetzungsgesetzgebung in den anderen Staaten noch nicht erfolgt (Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunesien). Und die internationalen Anforderungen betreffend Vertraulichkeit und Datensicherheit hat das Global Forum lediglich bei Armenien und Tunesien als zufriedenstellend beurteilt. Da beide Staaten aber nicht auf der Liste der Staaten mit angemessenem Datenschutz aufgeführt sind, sind zusätzliche Massnahmen erforderlich. In den anderen Staaten konnte das Global Forum die Einhaltung der Anforderungen betreffend Vertraulichkeit und Datensicherheit noch nicht überprüfen (Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal). Zudem bietet lediglich Kamerun ausreichende Regulatorien, während die anderen Staaten (noch) keine solchen kennen (Armenien, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunesien).

Dennoch anerkennt (auch) der Kanton Nidwalden die Notwendigkeit, das Schweizer AIA-Netzwerk zu erweitern, womit die Schweiz nicht zuletzt auch internationale Verpflichtungen umsetzt. Vor dem ersten Datenaustausch soll allerdings nochmals geprüft werden, ob die neuen Partnerstaaten die Vorgaben nunmehr einhalten. Unter diesem Vorbehalt stimmt der Kanton Nidwalden der Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA) auch mit den neuen Partnerstaaten (Armenien, Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien) zu. Diese sollen die Vertraulichkeit der gelieferten Daten ebenso gewährleisten wie die Schweiz. Und sollten sie die internationalen Standards nicht einhalten, dürfen auf keinen Fall Daten übermittelt werden.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Dr. Othmar Filliger
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- vernehmlassungen@sif.admin.ch



<CH-6060 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

Elektronisch an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Sarnen, 17. Oktober 2025

Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027; Stellungnahme.

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 13. August 2025, mit dem Sie uns die titelgenannte Vernehmlassungsvorlage unterbreiten. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Kanton Obwalden begrüsst die Vorlage vollumfänglich und hat keine weiteren Anmerkungen dazu.

Freundliche Grüsse

Cornelia Kaufmann-Hurschler
Regierungsrätin

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Steuerverwaltung
- Staatskanzlei

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
staatskanzlei@sh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

per E-Mail:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schaffhausen, 4. November 2025

Vernehmlassung betreffend Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027; Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. August 2025 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Die vorgeschlagenen Staaten, mit welchen der automatische Informationsaustausch (AIA) eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten) der genehmigten Verhandlungsmandate zur Einführung des AIA vom 8. Oktober 2014 noch nicht vollständig. Wir anerkennen jedoch grundsätzlich die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk weiter auszubauen. Damit erfüllt die Schweiz ihre internationalen politischen Verpflichtungen aus der «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» der UNO mit den 17 Sustainable Development Goals (SDG); insbesondere Goal 10).

Wir ersuchen Sie jedoch, vor dem ersten Datenaustausch erneut zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Besonders zu berücksichtigen sind dabei die Anforderungen an die Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten. Unter diesem Vorbehalt kann der Einführung des AIA mit den Partnerstaaten Armenien, Kamerun, der Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien von unserer Seite zugestimmt werden.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:


Martin Kessler

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger

Finanzdepartement

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 57
finanzdepartement@fd.so.ch
so.ch

Peter Hodel
Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bernherhof
3003 Bern

per E-Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

11. November 2025

Vernehmlassung zur Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. August 2025 haben Sie uns die Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027 zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Das Bundesparlament hat bisher die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit 120 Partnerstaaten genehmigt (Stand am 1. Januar 2025). Die Schweiz verfügt derzeit über ein aktiviertes AIA-Netzwerk von 113 Partnerstaaten, mit denen sie effektiv Informationen über Finanzkonten austauscht. Mit sechs Partnerstaaten wurde der AIA noch nicht aktiviert, weil sie entweder die Voraussetzungen des Standards nicht erfüllen (Jordanien, Montenegro, Marokko, Uganda, Trinidad und Tobago) oder kein Interesse am AIA mit der Schweiz bekundet haben (Niue). Mit einem Partnerstaat wurde der AIA ausgesetzt (Russland). Aufgrund der aktuellen internationalen Entwicklungen im Bereich der Steuertransparenz soll das Schweizer AIA-Netzwerk mit dieser Vorlage um acht zusätzliche Partnerstaaten ausgeweitet werden.

Von den gegenwärtig 128 Staaten und Territorien, die sich verbindlich zur Umsetzung des AIA auf einen bestimmten Zeitpunkt bekannt haben, fehlen dem Schweizer Netzwerk noch deren acht. Mit einer entsprechenden Erweiterung des AIA-Netzwerks zeigt die Schweiz, dass sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen umsetzt, was sich generell positiv auf den hiesigen Finanzplatz und das Ansehen der Schweiz auswirken dürfte.

Die vorgeschlagenen Staaten, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. So ist mit Ausnahme von Armenien die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft (Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunesien). Die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit hat das Global Forum lediglich bei Armenien und Tunesien als zufriedenstellend beurteilt. Da beide Staaten nicht auf der Liste des Bundesrates von Staaten mit angemessenem Datenschutz aufgeführt werden, sind zusätzliche Massnahmen erforderlich (Art. 16 Abs. 2 DSG). In den anderen Staaten konnte das Global Forum die Einhaltung der Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit noch nicht hinreichend prüfen

(Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal). Zudem bietet lediglich Kamerun seinen Steuerpflichtigen hinlängliche Regularisierungsmöglichkeiten, während die anderen Staaten keine solche Möglichkeiten zur Verfügung stellen (Armenien (lediglich beschränkte Steueramnestie), Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunesien).

Dennoch anerkennen wir die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kommt zudem ihren Verpflichtungen aus der «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» der UNO mit den 17 Sustainable Development Goals (SDG) nach (insbesondere Goal 10).

Der Bundesrat ist aber aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Besonders zu beachten sind dabei die Vorgaben zur Sicherheit und zur Vertraulichkeit der Daten. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten zu.

Zusammenfassend stimmen wir dem Entwurf des Bundesbeschlusses über die Einführung des AIA mit Armenien, Kamerun, der Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Peter Hodel
Regierungsrat



Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 16. Oktober 2025

Genehmigung des Bundesbeschlusses über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 13. August 2025 und die Gelegenheit, zu rubrizierter Angelegenheit Stellung nehmen zu können. Wir anerkennen die Notwendigkeit der Erweiterung des AIA¹-Netzwerks durch die Schweiz. Die Schweiz setzt damit ihre internationalen politischen Verpflichtungen um. Voraussetzung für einen Austausch muss jedoch sein, dass die vorgeschlagenen acht Partnerstaaten die Vorgaben des AIA-Standards und im Bereich des Datenschutzes einhalten. Es ist daher vor der Aktivierung nochmals zu prüfen, ob die entsprechenden Vorgaben eingehalten werden. Dem Bundesbeschluss wird daher unter diesem Vorbehalt zugestimmt.

Im Namen der Regierung

Beat Tinner
Präsident

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung nur per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

¹ Automatischer Informationsaustausch über Finanzkonten.

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Karin Keller-Sutter
Bundespräsidentin
3003 Bern

Frauenfeld, 28. Oktober 2025
Nr. 563

**Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über
Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027**

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027. Wir stimmen dieser zu.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber



Numero
5098

fr

0

Bellinzona
22 ottobre 2025

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Consigliera federale
Karin Keller-Sutter
Dipartimento federale delle finanze (DFF)
Bundesgasse 3
3003 Berna

*Invio per posta elettronica (word e pdf):
vernehmlassungen@sif.admin.ch*

Consultazione – Approvazione del Decreto federale che introduce lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari con altri Stati partner dal 2027

Signora Consigliera federale,

facciamo riferimento alla vostra lettera del 13 agosto 2025 con la quale ci avete sottoposto per consultazione il progetto di Decreto del Consiglio federale che estende lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari (SAI) ad altri otto Stati partner a partire dal 2027. Vi ringraziamo per l'opportunità di prendere posizione e ci esprimiamo come segue:

Finora il Parlamento federale ha approvato l'introduzione dello scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari con 120 Stati partner (Stato 1° gennaio 2025). Attualmente, la Svizzera dispone di una rete per lo scambio automatico di informazioni attiva, di 113 Stati partner con i quali scambia effettivamente informazioni su conti finanziari. Lo scambio automatico di informazioni non è ancora stato attivato con 6 Stati partner, sia perché non adempiono le condizioni di questo standard (Giordania, Montenegro, Marocco, Uganda, Trinidad e Tobago), sia perché non hanno manifestato il loro interesse a praticare lo scambio automatico di informazioni con la Svizzera (Niue). Lo scambio automatico di informazioni è stato inoltre sospeso con uno Stato partner (Russia). Alla luce degli attuali sviluppi internazionali in materia di trasparenza fiscale, il presente progetto intende ampliare la rete svizzera per lo scambio automatico di informazioni di altri otto Stati partner.

Dei 128 Stati e territori che si sono impegnati ad attuare lo scambio automatico di informazioni, otto mancano ancora alla rete svizzera. Estendendo di conseguenza la rete per lo scambio automatico di informazioni, la Svizzera dimostra di attuare i suoi impegni politici internazionali, il che dovrebbe ripercuotersi globalmente positivamente sulla sua piazza finanziaria e sulla sua reputazione.

Gli Stati proposti per introdurre lo scambio automatico di informazioni non soddisfano ancora pienamente le condizioni (legislazione di applicazione, possibilità adeguate di

RG n. 5098 del 22 ottobre 2025

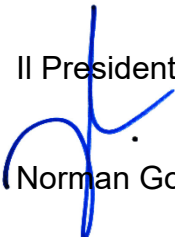
regolarizzazione, confidenzialità e sicurezza dei dati fiscali) fissate dal Consiglio federale nei mandati di negoziazione adottati l'8 ottobre 2014 in vista dell'introduzione dello scambio automatico di informazioni. Pertanto, ad eccezione dell'Armenia, la normativa di attuazione nazionale richiesta non è ancora in vigore (Camerun, Mongolia, Papua nuova Guinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunisia). I requisiti internazionali in materia di confidenzialità e sicurezza dei dati sono stati giudicati soddisfacenti dal Forum globale soltanto per quanto concerne l'Armenia e la Tunisia. Poiché questi due Stati non figurano nell'elenco del Consiglio federale degli Stati che dispongono di una protezione adeguata dei dati, sono necessarie misure supplementari (art. 16 cpv. 2 LPD). Negli altri Stati, il Forum globale non è ancora stato in grado di verificare in modo soddisfacente il rispetto delle esigenze in materia di confidenzialità e di sicurezza dei dati (Camerun, Mongolia, Papua nuova Guinea, Paraguay, Ruanda, Senegal). Inoltre, solo il Camerun offre ai suoi contribuenti sufficienti possibilità di regolarizzazione, mentre gli altri Stati non mettono tali possibilità a disposizione (Armenia [amnistia fiscale limitata], Mongolia, Papua nuova Guinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunisia).

Riconosciamo tuttavia la necessità che la Svizzera estenda la sua rete per lo scambio automatico di informazioni. In tal modo attua i suoi impegni politici internazionali e adempie gli obblighi dell'«Agenda 2030 per uno sviluppo sostenibile» dell'ONU con i 17 obiettivi di sviluppo sostenibile (in particolare l'obiettivo 10). Il Consiglio federale è tuttavia invitato a verificare nuovamente, prima del primo scambio di dati, se gli Stati partner rispettano le prescrizioni dello standard in quel momento. Occorre prestare particolare attenzione alle prescrizioni relative alla sicurezza e alla confidenzialità dei dati. Fatto salvo quanto precede, accettiamo l'introduzione dello scambio automatico di informazioni con gli Stati partner summenzionati.

Riassumendo, approviamo il progetto di Decreto federale concernente l'introduzione dello scambio automatico di informazioni con Armenia, Camerun, Mongolia, Papua nuova Guinea, Paraguay, Ruanda, Senegal e Tunisia.

Voglia gradire, signora Consigliera federale, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Norman Gobbi

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Divisione delle contribuzioni (dfe-de@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



2025.04237

P.P. CH-1951
Sion

A

Poste CH SA

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne



Références FM/CB
Date 5 novembre 2025

Procédure de consultation : Approbation de l'Arrêté fédéral concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec d'autres États partenaires à partir de 2027

Madame la Conseillère fédérale,

Nous faisons suite à votre lettre du 13 août 2025 concernant la procédure de consultation citée en marge et formulons ci-après nos observations.

Le Gouvernement valaisan a toujours donné son accord de principe à la mise en œuvre de l'échange automatique de renseignements avec d'autres États, sous réserve que ces derniers remplissent les exigences internationales s'agissant de la confidentialité en matière fiscale (protection des données et respect du principe de spécialité) et offrent à leurs contribuables des possibilités suffisantes de régularisation.

Les États proposés visant à introduire l'EAR ne remplissent pas encore entièrement les conditions (législation d'application, possibilités adéquates de régularisation, confidentialité et sécurité des données fiscales) fixées par le Conseil fédéral dans les mandats de négociation adoptés le 8 octobre 2014 en vue de l'introduction de l'EAR. Ainsi, à l'exception de l'Arménie, la législation d'application nationale de mise en œuvre requise n'est pas encore en vigueur (Cameroun, Mongolie, Papouasie-Nouvelle-Guinée, Paraguay, Rwanda, Sénégal, Tunisie). Les exigences internationales en matière de confidentialité et de sécurité des données n'ont été jugées satisfaisantes par le Forum mondial qu'en ce qui concerne l'Arménie et la Tunisie. Comme ces deux États ne figurent pas sur la liste du Conseil fédéral des États disposant d'une protection adéquate des données, des mesures supplémentaires sont nécessaires (art. 16, al. 2 LPD). Dans les autres pays, le Forum mondial n'a pas encore été en mesure de vérifier de manière satisfaisante le respect des exigences en matière de confidentialité et de sécurité des données (Cameroun, Mongolie, Papouasie-Nouvelle-Guinée, Paraguay, Rwanda, Sénégal). En outre, seul le Cameroun offre à ses contribuables des possibilités de régularisation suffisantes, alors que les autres États ne mettent pas de telles possibilités à disposition (Arménie – amnistie fiscale limitée –, Mongolie, Papouasie-Nouvelle-Guinée, Paraguay, Rwanda, Sénégal, Tunisie).

Nous reconnaissons néanmoins la nécessité pour la Suisse d'étendre son réseau EAR. Elle met ainsi en œuvre ses engagements politiques internationaux et respecte ses obligations de l'« Agenda 2030 pour le développement durable » de l'ONU avec les 17 objectifs de développement durable (notamment l'objectif 10).

Le Conseil fédéral est toutefois invité à vérifier une nouvelle fois, avant le premier échange de données, si les États partenaires respectent les prescriptions de la norme à ce moment-là. Il convient notamment de prêter une attention particulière aux prescriptions relatives à la sécurité et à la confidentialité des données. Sous cette réserve, nous acceptons l'introduction de l'EAR avec les États partenaires précités.

Compte tenu des remarques ci-dessus, le Conseil d'État est favorable à une extension du réseau EAR de la Suisse à ces 8 États supplémentaires et approuve le projet d'arrêté fédéral concernant l'introduction de l'EAR avec l'Arménie, le Cameroun, la Mongolie, la Papouasie-Nouvelle-Guinée, le Paraguay, le Rwanda, le Sénégal et la Tunisie.

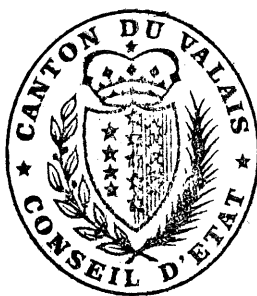
Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'État

Le président



Mathias Reynard



La chancelière



Monique Albrecht

Copie à : vernehmlassungen@sif.admin.ch

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Présidente du Conseil fédéral
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral des
finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par courriel : vernehmlassungen@sif.admin.ch

Réf. : 25_COU_5536

Lausanne, le 5 novembre 2025

Arrêté fédéral concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec d'autres États partenaires à partir de 2027: consultation

Madame la Présidente,

Faisant suite à votre courrier du 13 août 2025, le Conseil d'Etat vous remercie de l'opportunité qui lui est offerte de prendre position sur le projet d'arrêté du Conseil fédéral relatif à l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres États partenaires à partir de 2027, à savoir l'Arménie, le Cameroun, la Mongolie, la Papouasie-Nouvelle-Guinée, le Paraguay, le Rwanda, le Sénégal et la Tunisie.

Si le Conseil d'Etat reconnaît la nécessité pour la Suisse d'étendre son réseau EAR, afin de mettre en œuvre ses engagements politiques internationaux et conserver ainsi la note «on track», à savoir la meilleure appréciation possible du Forum mondial, il constate toutefois que la plupart des États et territoires avec lesquels l'EAR doit être introduit ne remplissent pas encore entièrement les conditions (législation d'application, possibilités adéquates de régularisation, confidentialité et sécurité suffisantes des données fiscales) fixées par le Conseil fédéral dans les mandats de négociation adoptés le 8 octobre 2014 en vue de l'introduction de l'EAR.

Ainsi, à l'exception de l'Arménie, la législation d'application nationale de mise en œuvre requise n'est pas encore en vigueur (Cameroun, Mongolie, Papouasie-Nouvelle-Guinée, Paraguay, Rwanda, Sénégal, Tunisie). Les exigences internationales en matière de confidentialité et de sécurité des données n'ont été jugées satisfaisantes par le Forum mondial qu'en ce qui concerne l'Arménie et la Tunisie. Comme ces deux États ne figurent pas sur la liste du Conseil fédéral des États disposant d'une protection adéquate des données, des mesures supplémentaires sont nécessaires (art. 16 al. 2 LPD). S'agissant des autres pays, le Forum mondial n'a pas encore été en mesure de vérifier de manière satisfaisante le respect des exigences en matière de confidentialité et de sécurité des données (Cameroun, Mongolie, Papouasie-Nouvelle-Guinée, Paraguay, Rwanda,

Sénégal). En outre, seul le Cameroun offre à ses contribuables des possibilités acceptables de régularisation de leur passé fiscal (paiement de l'impôt éludé et des intérêts, sans amende), alors que les autres États ne permettent pas de telles possibilités (Arménie : amnistie fiscale limitée, Mongolie, Papouasie-Nouvelle-Guinée, Paraguay, Rwanda, Sénégal, Tunisie : aucun programme de régularisation du passé fiscal).

Partant, si le Conseil d'Etat approuve la volonté d'étendre le réseau de l'EAR relatifs aux comptes financiers aux huit Etats manquants de telle sorte que la Suisse soit à même de procéder à des échanges avec les 128 (à savoir la totalité) des Etats et territoires s'étant engagés à mettre l'EAR, il s'interroge toutefois sur l'opportunité d'intégrer dans le réseau Suisse d'EAR des États qui, en l'état du droit actuel et de l'examen de Forum mondial, ne respectent pas les conditions en la matière. Le Conseil d'Etat invite dès lors le Conseil fédéral à procéder à un examen minutieux du respect effectif, par les futurs Etats partenaires, des normes prescrites avant tout échange de données.

En vous remerciant d'avance pour la prise en considérations de nos observations, nous vous prions, Madame la Présidente, d'agréer nos salutations distinguées.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER.



Michel Staffoni

Copies

- OAE
- DGF



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Zug, 21. Oktober 2025 sa

**Vernehmlassung zur Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. August 2025 hat das Eidgenössische Finanzdepartement das Vernehmlassungsverfahren in rubrizierter Angelegenheit eröffnet und zur Einreichung einer Stellungnahme bis am 14. November 2025 eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit dazu und äussern uns wie folgt:

Antrag:

Der automatische Informationsaustausch mit den in den Vernehmlassungsunterlagen vorgesehenen weiteren Partnerstaaten sei einzuführen.

Begründung:

Das Bundesparlament hat bisher die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit 120 Partnerstaaten genehmigt (Stand am 1. Januar 2025). Die Schweiz verfügt derzeit über ein aktiviertes AIA-Netzwerk von 113 Partnerstaaten, mit denen sie effektiv Informationen über Finanzkonten austauscht. Mit sechs Partnerstaaten wurde der AIA noch nicht aktiviert, weil sie entweder die Voraussetzungen des Standards nicht erfüllen (Jordanien, Montenegro, Marokko, Uganda, Trinidad und Tobago) oder kein Interesse am AIA mit der Schweiz bekundet haben (Niue). Mit einem Partnerstaat wurde der AIA ausgesetzt (Russland). Aufgrund der aktuellen internationalen Entwicklungen im Bereich der Steuertransparenz soll das Schweizer AIA-Netzwerk mit dieser Vorlage um acht zusätzliche Partnerstaaten ausgeweitet werden.

Von den gegenwärtig 128 Staaten und Territorien, die sich verbindlich zur Umsetzung des AIA auf einen bestimmten Zeitpunkt bekannt haben, fehlen dem Schweizer Netzwerk noch deren acht. Mit einer entsprechenden Erweiterung des AIA-Netzwerks zeigt die Schweiz, dass sie

ihre internationalen politischen Verpflichtungen umsetzt, was sich generell positiv auf den hiesigen Finanzplatz und das Ansehen der Schweiz auswirken dürfte.

Die vorgeschlagenen Staaten, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. So ist mit Ausnahme von Armenien die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft (Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunesien). Die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit hat das Global Forum lediglich bei Armenien und Tunesien als zufriedenstellend beurteilt. Da beide Staaten nicht auf der Liste des Bundesrates von Staaten mit angemessenem Datenschutz aufgeführt werden, sind zusätzliche Massnahmen erforderlich (Art. 16 Abs. 2 DSG). In den anderen Staaten konnte das Global Forum die Einhaltung der Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit noch nicht hinreichend prüfen (Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal). Zudem bietet lediglich Kamerun seinen Steuerpflichtigen hinlängliche Regularisierungsmöglichkeiten, während die anderen Staaten keine solche Möglichkeiten zur Verfügung stellen (Armenien (lediglich beschränkte Steueramnestie), Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunesien). Dies sehen wir kritisch und verweisen in grundsätzlicher Hinsicht auf die in den Vernehmlassungsantworten früherer AIA-Runden bereits geäusserten Vorbehalte (etwa Schreiben des Regierungsrats des Kantons Zug vom 1. März 2022 in Sachen AIA-Erweiterung 2023/24 bzw. Schreiben der Finanzdirektion des Kantons Zug vom 1. März 2019 in Sachen AIA-Erweiterung 2020/21).

Dennoch anerkennen wir die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kommt zudem ihren Verpflichtungen aus der «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» der UNO mit den 17 Sustainable Development Goals (SDG) nach (insbesondere Goal 10). Der Bundesrat ist aber aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Besonders zu beachten sind dabei die Vorgaben zur Sicherheit und zur Vertraulichkeit der Daten. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten zu.

Zusammenfassend stimmen wir dem Entwurf des Bundesbeschlusses über die Einführung des AIA mit Armenien, Kamerun, der Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien zu.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Zug, 21. Oktober 2025

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Andreas Hostettler
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Finanzdepartement (vernehmlassungen@sif.admin.ch; PDF und Word)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch)
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch)
- Steuerverwaltung (internet.stv@zg.ch)



Elektronisch an vernehmlassungen@sif.admin.ch



**Kanton Zürich
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

5. November 2025 (RRB Nr. 1139/2025)

Bundesbeschluss über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027 (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 13. August 2025, mit welchem Sie uns den Entwurf des Bundesbeschlusses über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2027 zur Stellungnahme unterbreitet haben. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Die eidgenössischen Räte haben bisher die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit 120 Partnerstaaten genehmigt (Stand am 1. Januar 2025). Die Schweiz verfügt derzeit über ein aktiviertes AIA-Netzwerk von 113 Partnerstaaten, mit denen sie Informationen über Finanzkonten austauscht. Mit sechs Partnerstaaten wurde der AIA noch nicht aktiviert, weil sie entweder die Voraussetzungen des Standards nicht erfüllen (Jordanien, Montenegro, Marokko, Uganda, Trinidad und Tobago) oder kein Interesse am AIA mit der Schweiz bekundet haben (Niue). Mit einem Partnerstaat wurde der AIA ausgesetzt (Russland). Aufgrund der gegenwärtigen internationalen Entwicklungen im Bereich der Steuertransparenz soll das Schweizer AIA-Netzwerk mit dieser Vorlage um acht zusätzliche Partnerstaaten ausgeweitet werden.

Von den gegenwärtig 128 Staaten und Territorien, die sich verbindlich zur Umsetzung des AIA auf einen bestimmten Zeitpunkt bekannt haben, fehlen dem Schweizer Netzwerk noch deren acht. Mit einer entsprechenden Erweiterung des AIA-Netzwerks zeigt die Schweiz, dass sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen umsetzt, was sich generell positiv auf den hiesigen Finanzplatz und das Ansehen der Schweiz auswirken dürfte.

Die vorgeschlagenen Staaten, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. So ist mit Ausnahme von Armenien die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft (Kamerun,

Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunesien). Die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit hat das Global Forum lediglich bei Armenien und Tunesien als zufriedenstellend beurteilt. Da beide Staaten nicht auf der Liste des Bundesrates von Staaten mit angemessenem Datenschutz aufgeführt werden, sind zusätzliche Massnahmen erforderlich (Art. 16 Abs. 2 Datenschutzgesetz, SR 235.1). In den anderen Staaten konnte das Global Forum die Einhaltung der Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit noch nicht hinreichend prüfen (Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal). Zudem bietet lediglich Kamerun seinen Steuerpflichtigen hinlängliche Regularisierungsmöglichkeiten, während die anderen Staaten keine solchen Möglichkeiten zur Verfügung stellen (Armenien [lediglich beschränkte Steueramnestie], Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal, Tunesien).

Dennoch anerkennen wir die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kommt zudem ihren Verpflichtungen aus der «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» der Vereinten Nationen mit den 17 Sustainable Development Goals nach (insbesondere Goal 10). Der Bundesrat ist aber aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Besonders zu beachten sind dabei die Vorgaben zur Sicherheit und zur Vertraulichkeit der Daten. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten zu.

Zusammenfassend stimmen wir dem Entwurf des Bundesbeschlusses über die Einführung des AIA mit Armenien, Kamerun, der Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien zu.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Martin Neukom

Dr. Kathrin Arioli



FDP.Die Liberalen, Neuengasse 20, 3011 Bern

Bern, 10. November 2025 / RC
VL_AIA

Elektronischer Versand: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Genehmigung des Bundesbeschlusses über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die Vorlage steht im Zeichen der neusten internationalen Entwicklungen betreffend AIA-Standard. Mit einem einfachen Bundesbeschluss soll die Schweiz ihr AIA-Netzwerk mit acht zusätzlichen Partnerstaaten ergänzen: Armenien, Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien.

Die FDP.Die Liberalen ist mit der Vorlage einverstanden. Dadurch bekräftigt die Schweiz ihre internationalen Verpflichtungen im Steuerbereich, was im Interesse des Finanzplatzes Schweiz liegt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident



Benjamin Mühleemann
Ständerat

Die Co-Präsidentin



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Jonas Projer

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter

Elektronisch an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 14. November 2025

Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027

Stellungnahme der Schweizerischen Volkspartei SVP

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken dem Bundesrat für die Gelegenheit, zur Erweiterung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten die Position der SVP zu kommunizieren.

Die SVP sagt entschieden Nein zu einer erneuten Erweiterung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten. Der Bundesrat beabsichtigt, den AIA mit acht zusätzlichen Staaten – Armenien, Kamerun, Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien – einzuführen (Inkraftsetzung ab 1. Januar 2027; erster Datenaustausch ab 2028). Damit soll sich die Schweiz vermeintlich an «aktuelle internationale Gegebenheiten» anpassen und das «Level Playing Field» sichern. Aus Sicht der SVP rechtfertigt dies keinen weiteren Ausbau eines Systems, das tief in die Privatsphäre eingreift, neue Risiken für Datenmissbrauch und politische Zweckentfremdung schafft sowie die Wettbewerbsposition des Finanzplatzes einseitig belastet. Die SVP beantragt Nichteintreten beziehungsweise Ablehnung der Vorlage.

Zentral ist der Datenschutz: Die vorgeschlagenen Staaten stehen nicht auf der vom Bundesrat geführten Liste mit angemessenem Datenschutzniveau im Sinne von Art. 16 Abs. 1 DSGVO; folglich wären zusätzliche völkerrechtliche Sicherungen notwendig. Der AIA-Mechanismus verweist zwar auf CDS-Prüfungen (Confidentiality and Data Safeguards) und eine schweizerische Datenschutz-Notifikation, doch bleiben diese Vorkehrungen aus unserer Sicht unzureichend, solange kein nachweislich gleichwertiges Schutzniveau besteht und die Durchsetzung im Partnerstaat nicht verlässlich garantiert ist.

Hinzu kommt, dass bei mehreren der vorgesehenen Partner elementare Voraussetzungen noch fehlen oder Prüfungen ausstehen. In Kamerun sind die rechtlichen, administrativen und technischen Rahmenbedingungen zur Vertraulichkeit und Datensicherheit vom Global Forum noch nicht geprüft; über die innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung für den AIA ist nichts bekannt. Vergleichbare Lücken bestehen in der Mongolei; auch dort hat das Global Forum die Datensicherheitsvorkehrungen noch nicht geprüft, und die erforderlichen nationalen Rechtsgrundlagen fehlen. Ähnliche Feststellungen ist für Papua-Neuguinea festzuhalten. Unter

solchen Umständen Finanzkontendaten zu exportieren, ist mit dem schweizerischen Vorsorge- und Verhältnismässigkeitsverständnis unvereinbar.

Kritisch beurteilen wir zudem das grundsätzliche Vorgehen: Die Vorlage bündelt acht Staaten in einem einfachen Bundesbeschluss und ermächtigt den Bundesrat, das konkrete Austauschdatum festzulegen. Auch wenn das Parlament den Beschluss in der Beratung ändern kann, verhindert die Paketierung eine saubere Einzelfallprüfung der materiell sehr unterschiedlichen Datenschutz-, Rechts- und Vollzugsbedingungen. Zudem steht parallel eine Revision des AIAG im Raum, welche die Kompetenz zur Staatenliste künftig direkt an den Bundesrat delegieren würde – mit der Folge, dass Genehmigungen nicht mehr parlamentarisch erfolgen müssten. Eine solche Kompetenzverschiebung ist ebenfalls unakzeptabel.

Würde die Vorlage trotzdem von einer Mehrheit weiterverfolgt werden, stellt die SVP folgende Mindestanforderungen:

- 1. Für jeden Partnerstaat müssen Einzel-Bundesbeschlüsse vorgelegt werden, damit für jeden Staat eine eigenständige Beurteilung von Rechtsgrundlagen, Datenschutz, Vollzugskapazitäten und CDS-Ergebnissen möglich ist.*
- 2. Eine Aktivierung kann erst erfolgen, wenn eine positive CDS-Beurteilung vorliegt, ein angemessenes Datenschutzniveau gesichert ist, effektive Regularisierungsmöglichkeiten im Partnerstaat bestehen und ein Marktzugang für Schweizer Institute gewährleistet ist; andernfalls ist der Austausch gar nicht erst zu aktivieren.*
- 3. Wird binnen drei Jahren nach Aktivierung keine positive/abgeschlossene CDS-Prüfung oder kein nachweislich angemessener Datenschutz erreicht, endet die Aktivierung automatisch.*
- 4. Die parlamentarische Kontrolle ist zwingend zu gewährleisten: Vor jeder Aktivierung veröffentlicht der Bundesrat einen Prüfbericht und übermittelt ihn den zuständigen Kommissionen. Der Bericht weist insbesondere die Ergebnisse der CDS-Prüfung sowie allfällige Datenschutz- oder Menschenrechtsvorfälle aus. Der automatische Informationsaustausch mit einem Partnerstaat wird erst aktiviert, nachdem der Prüfbericht publiziert und die Bundesversammlung die Aktivierung durch einfachen Bundesbeschluss genehmigt hat.*

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Marcel Dettling
Nationalrat

Henrique Schneider



Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Bern

Tel. 031 329 69 69

www.sp-ps.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bernernhof
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail an:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

14. November 2025

SP-Stellungnahme zur Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Keller-Sutter,
sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat vernehmlasst den Bundesbeschluss, mit dem die Grundlagen für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) mit Armenien, Kamerun, der Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien geschaffen würden. Damit sollen die internationalen Wettbewerbsbedingungen angeglichen werden und der Schweizer Wirtschaftsstandort durch die stärkere Verankerung der internationalen Rechtsordnung gestärkt werden.

1. Zusammenfassende Haltung der SP

Die SP unterstützt den Bundesbeschluss uneingeschränkt.

2. Inhalt des Erlassentwurfs und Position der SP

Bereits 120 Staaten zählen zum AIA-Netzwerk der Schweiz: Mit ihnen kann sie Daten über Finanzkonten austauschen. Der Bundesrat möchte den Kreis der Partnerstaaten nun ab 2027 um die acht obgenannten potenziell interessierten und geeigneten Partner erweitern. Voraussetzung dafür ist die Genehmigung durch das Parlament. Ab 2028 sollen erstmals Informationen mit den betreffenden Staaten ausgetauscht werden können, sofern sie die

global gültigen Voraussetzungen dafür namentlich im Bereich des Datenschutzes und der Rechtsstaatlichkeit erfüllen werden.

Die Bekämpfung von Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung, Geldwäscherei und Korruption ist für jeden Staat essenziell, um die Finanzierung seiner hoheitlichen Aufgaben unter Einhaltung der geltenden Regeln zu sichern und durch faire Besteuerung langfristig das Vertrauen seiner Bevölkerung zu stärken. Der AIA stärkt diese Standards international und ist ein wichtiges Element der regelbasierten internationalen Ordnung. In diesem Sinne unterstützt die SP den AIA grundsätzlich.

Kommt dazu, dass die Reputation der Schweiz bezüglich Glaubwürdigkeit und Integrität des Schweizer Finanzplatzes von der weiteren Integration ins AIA-Netzwerk profitieren würde, die in der Schweiz ansässigen und international tätigen Unternehmen von gleichen Wettbewerbsbedingungen in möglichst vielen Staaten und Territorien profitieren würden und die Marktzugänge durch eine möglichst breite Anwendung der AIA-Standards besser abgesichert wären.

Solange die Schweiz den Prüfmechanismus, der einen besonderen Fokus auf den Datenschutz und die Einhaltung der Grundrechte der Finanzkonteninhaber:innen legt, konsequent anwendet, sieht die SP keinen Grund, den Bundesbeschluss abzulehnen.

Die SP steht für eine regelbasierte internationale Ordnung, für Steuergerechtigkeit und eine starke Schweizer Wirtschaft ein. Deshalb stimmt sie dem Bundesbeschluss zur Erweiterung des AIA-Netzwerkes zu.

Wir danken Ihnen, geschätzte Frau Bundespräsidentin, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Stefan M. Schütz
Politischer Fachreferent

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für int. Finanzfragen SIF
Frau Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

per Mail an:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 5. November 2025

Vernehmlassungsantwort zur Orientierung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, zur oben genannten Orientierung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit zusätzlichen Staaten ab 2027 Stellung nehmen zu können.

Wie wir in früheren Stellungnahmen (zuletzt im Vernehmlassungsverfahren vom 18. März 2022) dargelegt haben, unterstützt der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) die bundesrätliche Strategie, durch die Einhaltung globaler Standards im Steuerbereich die Position der Schweiz auf internationaler Ebene zu stärken und zu einem steuerkonformen Finanzplatz beizutragen. Daher befürworten wir auch das Bestreben des Bundesrates, den AIA mit Staaten und Territorien zu erweitern, die sich zum AIA-Standard bekennen und gegenüber dem Global Forum dessen Einführung ab 2027, mit dem Ziel eines ersten Informationsaustauschs ab 2028, angegeben haben.

Um den AIA mit einem Partnerstaat basierend auf der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (MCAA) umzusetzen, muss er bilateral aktiviert werden. Die einzelnen Staaten, mit denen die Schweiz den AIA einführen will, sind hierzu in eine Liste aufzunehmen, die beim Sekretariat des Koordinierungsgremiums des MCAA hinterlegt werden muss. Beim vorliegenden Bundesbeschluss geht es um die Ermächtigung des Bundesrates durch die Bundesversammlung, dem Sekretariat des Koordinierungsgremiums mitzuteilen, dass Armenien, Kamerun, die Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien auf diese Liste zu setzen sind. Da sich diese Länder zum AIA-Standard bekennen, eine verbindliche zeitnahe Umsetzung angegeben haben und der erste Datenaustausch erst erfolgt, nachdem alle Voraussetzungen erfüllt sind, spricht sich der SGB für diese Vorlage aus.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Maillard', with a long horizontal flourish extending to the right.

Pierre-Yves Maillard
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Lampart', with a long horizontal flourish extending to the right.

Daniel Lampart
Co-Leiter SGB-Sekretariat und Chefökonom

SwissAccounting, Talacker 34, CH-8001 Zürich

Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
3003 Bern
Mailadresse:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 12. November 2025

**Stellungnahme
Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs
über Finanzkonten mit weitere Partnerstaaten ab 2027**

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 13. August 2025 zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. Gerne nehmen wir die Möglichkeit zur Stellungnahme unter Einhaltung der Frist bis am 14. November 2025 wahr.

SwissAccounting vertritt als grösster Schweizer Verband für Accounting fast 10 000 Mitglieder aus der gesamten Schweiz. SwissAccounting ist in der Berufsbildung gemäss Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 13. Dezember 2002 die für das Finanz- und Rechnungswesen sowie Rechnungslegung und Controlling zuständige Organisation der Arbeitswelt. Der Verband besteht seit 1936 und ist unter anderem Mitträger der Prüfungen der beiden eidgenössisch anerkannten höheren Berufsbildungsabschlüsse in seinem Fachbereich. Expertinnen/Experten in Rechnungslegung und Controlling sowie Inhaberinnen/Inhaber des Fachausweises im Finanz- und Rechnungswesen sind heute in der schweizerischen Wirtschaft die anerkannten, hochqualifizierten Fachleute.

SwissAccounting begrüsst die beabsichtigte Erweiterung des AIA-Netzwerks um weitere Partnerstaaten ab 2027. Die Vorlage ist konsequent und notwendig, um die internationale Steuertransparenz zu stärken, gleiche Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen und die Reputation des Schweizer Finanzplatzes zu wahren.

Wir unterstützen den Bundesbeschluss vollumfänglich. Entscheidend bleibt, dass die Einhaltung der OECD-Standards, insbesondere betreffend Datenschutz und Datensicherheit, vor dem ersten Austausch systematisch überprüft wird.

Freundliche Grüsse
SwissAccounting



Prof. em. Dr. Dieter Pfaff
Präsident SwissAccounting
emeritierter Professor für Accounting
der Universität Zürich



Susanne Grau
Vizepräsidentin SwissAccounting
lic. iur. UZH / dipl. Expertin in
Rechnungslegung und Controlling



Eidg. Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Bern, 9. September 2025

Stellungnahme zur Vernehmlassung betreffend die Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit 8 weiteren Partnerstaaten

Sehr geehrter Herr Champeaux

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur geplanten Erweiterung der AIA-Partnerstaaten der Schweiz Stellung nehmen zu können.

SwissHoldings begrüsst, dass die Schweiz mit dieser Vorlage ihr AIA-Netzwerk um acht Staaten erweitern kann, so dass dieses mit den aktuellen internationalen Gegebenheiten übereinstimmt. Mit Armenien, Kamerun, der Mongolei, Papua-Neuguinea, Paraguay, Ruanda, Senegal und Tunesien sollen potenziell ab 2028 erstmals Informationen über Finanzkonten ausgetauscht werden können. Voraussetzung ist allerdings, dass die vorerwähnten Partnerstaaten die Anforderungen des globalen AIA-Standards insbesondere punkto Datenschutz vollumfänglich erfüllen und sie überhaupt AIA-Finanzdaten mit der Schweiz austauschen wollen. AIA-Finanzdaten werden nur dann ausgetauscht, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind.

Position: SwissHoldings begrüsst die geplante Erweiterung. Angesichts der Sensibilität der ausgetauschten Informationen dürfen punkto Einhaltung des AIA-Standards keine Abstriche erfolgen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
SwissHoldings
Geschäftsstelle



Dr. Gabriel Rumo
Direktor



Martin Hess
Leiter Steuern, RA, dipl. Steuerexperte

